

# Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Regierungsstellen die Befestigung des Postamtes für Anzeigen und Fernsprechanlagen 25 Pfennige, telefonische Anzeigen 20 Pfennige, telefonische Anzeigen 20 Pfennige, telefonische Anzeigen 20 Pfennige, telefonische Anzeigen 20 Pfennige.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 45

Mittwoch, den 23. Februar 1927

22. Jahrgang

### Eine Unterredung des Pariser „Soir“ mit Dr. Marx.

Paris, 21. Febr. Das radikale Abendblatt „Le Soir“ hat einen Sonderberichterstatter nach Deutschland mit der Aufgabe entsandt, eine sachliche Erforschung der politischen Lage in Deutschland durchzuführen. Dieser Versuch wird zum ersten Male von einem ausgesprochen linksstehenden französischen Blatt gemacht, das ausdrücklich für die deutsch-französische Verständigung arbeitet. Der Sonderberichterstatter beginnt seine Veröffentlichungen mit einem Interview, das Reichskanzler Dr. Marx ihm gewährt hat. Der Reichskanzler erwiderte auf die Bemerkung des Sonderberichterstatters, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich über den Eintritt der Deutschnationalen in das neugebildete Kabinett beunruhigt sei: Ich begreife sehr wohl, daß in gewissen französischen Kreisen die Erweiterung der Koalition der Mitte nach rechts Beunruhigung hinsichtlich unserer Außenpolitik auskommen lassen könnte,

aber das bezeugt eine vollkommene Verkenntung der Tatsachen. Die unabwendbare Notwendigkeit einer friedlichen Verständigungsarbeit der europäischen Völker ist heute von der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, ohne Unterschied der Parteirichtung, anerkannt worden.

Uebrigens können derartige Beunruhigungen nur durch phantastische oder ungenaue Nachrichten geschaffen werden. Reichskanzler Dr. Marx erwähnte alsdann die Grundlagen der Verständigung des Zentrums mit der Deutschnationalen Partei, indem er darauf hinwies, daß der Entschluß der Deutschnationalen, in die Regierungskoalition einzutreten, sich auf die Politik von Locarno stütze und der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland nur dienlich sein könne. Auf die

#### deutsch-polnischen Differenzen

hinweisend, erklärte der Reichskanzler, es handele sich nicht um einen Abbruch der Verhandlungen, sondern

um eine provisorische Unterbrechung, die zum Ziele habe, eine ziemlich heikle Frage, nämlich die Frage des Auslieferungsrechtes der Deutschen in Polen, zu regeln. Es sei vollkommen abwegig, diese Unterbrechung als die Folge der Umbildung des Kabinetts zu bezeichnen. Seit Monaten habe man mit steigender Beunruhigung die Haltung der polnischen Behörden gegenüber den deutschen Staatsangehörigen feststellen müssen. Die Ausweisung von vier Deutschen aus Polnisch-Oberschlesien habe die Regierung gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die sie schon seit langem hatte in Erwägung ziehen müssen. Noch unberechtigter sei es, wenn man in der Haltung Deutschlands das Anzeichen für einen aggressiven Geist erblicken wolle. Wenn er, der Reichskanzler, polemisieren wollte, könnte er leicht zeigen, auf welcher Seite ein Geist der Aggressivität vorliege. Deutschland habe ein Interesse daran, zu einem modus vivendi mit Polen zu gelangen. Diesem Ziele habe die deutsche Regierung immer zugestrebt, und niemand bedauere mehr als die deutsche Regierung die Haltung unseres östlichen Nachbarn, die verhindern, das gestakte Ziel zu erreichen. Nochmals auf die Grundlagen der deutschen Politik im allgemeinen zurückkommend, betonte der Reichskanzler zum Schluß, wie er schon im Sommer 1924, als Reichspräsident Ebert ihn an die Spitze der deutschen Regierung berufen habe, sich im Einvernehmen mit Dr. Stresemann das Ziel gesetzt habe, die Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, da er darin die Grundlage zu einer großen europäischen Befriedigungsaktion erblickt habe. Mit der Billigung des Reichspräsidenten von Hindenburg hätten sich die deutschen Delegierten dann nach Locarno und nach Genf begeben. Er, der Reichskanzler, habe die absolute Ueberzeugung, daß man trotz der vorhandenen Schwierigkeiten den Frieden erreichen werde. Für Frankreich und für Deutschland gebe es keine andere Zukunft als die Verständigung. Nur so könnten Deutschland und Frankreich und die ganze abendländische Kultur vor unabsehbaren Katastrophen bewahrt bleiben.

### Präsidentenwahl im Thüringer Landtag.

Weimar, 21. Febr. In der heutigen ersten Sitzung des vierten Landtages von Thüringen, die gegen 4 Uhr eröffnet wurde, gab Staatsminister Dr. Deutscher für die Mitglieder der Regierung die Erklärung ihres Rücktritts ab. Als 1. Landtagspräsident wurde Abg. Leber (Soz.) mit 49 Stimmen gewählt, 6 Zettel waren unbeschrieben, einer ungültig. 1. Vizepräsident wurde von Thümmel (Landbund) mit 37 Stimmen, 8 Zettel wurden für Engert (Komm.) abgegeben, 9 waren unbeschrieben, 2 ungültig. 2. Vizepräsident wurde Abg. Geier (D. Wp.) mit 29 Stimmen, 25 Zettel waren für Abg. Engert (Komm.) abgegeben, 2 waren unbeschrieben.

### Stresemann übernimmt den Vorsitz in Genf.

Berlin, 21. Febr. Nach der „Zeitung“ gilt es nunmehr für sicher, daß Stresemann bei der bevorstehenden Ratstagung in Genf den Vorsitz führen wird.

### Austritt Stoehrs aus der Volkischen Freiheitspartei.

Berlin, 21. Febr. Von der Deutschvölkischen Freiheitspartei wird mitgeteilt: Nachdem die Abgeordneten Graf Reventlow und Kube von der Partei geschieden sind, hat sich auch der Abgeordnete Stoehr von der Partei getrennt. Außerdem ist Theodor Fritsch, der Herausgeber des „Hammer“, aus der Reichsleitung ausgeschlossen.

### Die Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter.

Berlin, 21. Febr. In einer Besprechung zwischen den vertragschließenden Arbeitnehmerorganisationen über die Forderung der Lohnstarbverträge für die Arbeiter der Reichsbahngesellschaft, der Reichspost, sowie der übrigen Reichs- und Staatsbetriebe haben heute die Gewerkschaftsvertreter beschlossen, ihren Vorkandidaten die Forderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Wirkung vom 1. April d. J. zu empfehlen.

### Deutsch-rumänische Finanzbesprechungen.

Berlin, 21. Febr. Die Verhandlungen zur Kreditbeschaffung für deutsche Warenlieferungen an Rumänien, die in der letzten Zeit zwischen deutschen und rumänischen Finanzleuten stattgefunden haben, trugen, wie die Blätter erfahren, rein privaten Charakter. Von einer Staatsanleihe war bei diesen Besprechungen nicht die Rede.

### Aus der Wahlbewegung im Memelgebiet.

Rönigsberg, 21. Febr. Aus Memel wird gemeldet: Die Wahlkreis-Kommission für das Memelgebiet, die aus großlitauisch eingestellten Persönlichkeiten besteht, hat jetzt die Vorkandidaten der Stimmbürger-Kommissionen ernannt. Auch diese — mehr als 200 Personen — sind unter Aufsicht der bisherigen Wahlkreisleiter fast sämtlich großlitauisch orientierten Kreisen entnommen worden, so daß sich der Wahlapparat in den Händen der Großlitauer befindet, obwohl diese kaum fünf Prozent der Bevölkerung des Memelgebietes ausmachen.

### Die Sprengungen an der Ostgrenze.

Das Reichswehrministerium hat an die Festungskommandanten Befehle herausgehen lassen, denen zufolge die Sprengung jener Befestigungen vorzunehmen ist, deren Beseitigung in den Pariser Vereinbarungen zugestanden wurde. Zu einem Teile sind diese Befehle befristet, insgesamt soll die Sprengung im Laufe von vier Monaten durchgeführt sein. Innerhalb dieser Zeit muß auch das Kriegsgesetz vom Reichstage angenommen werden.

### Fünf Monate Gefängnis wegen Verleumdung des Reichskanzlers.

Essen, 21. Februar. Das Schöffengericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur des kommunistischen „Echo“ wegen Verleumdung des Reichskanzlers Marx zu fünf Monaten Gefängnis.

### Ein neuer italienischer Landboottyp.

Rom, 21. Februar. In Spezia ist gestern das erste U-Boot des neuen italienischen Landboottyps, „Valinna“, von Stapel gelassen worden. Das U-Boot, das bis zu einer Tiefe von 100 Metern tauchen kann, verdrängt 1400 Tonnen, ist 27 Meter lang und hat sechs Mannschaften.

### Der Inhalt des Hankauer Abkommens.

London, 21. Febr. Nach dem amtlichen englischen Bericht bezieht sich das am Sonnabend in Hankau unterzeichnete Abkommen zwischen O'Malley und Tschang auf die künftige Rechtslage der britischen Konzession in Hankau. Bis zum 15. März sollen die Polizeigewalt und die Leitung der öffentlichen Arbeiten in der Konzession in den Händen der jetzigen chinesischen Behörden bleiben. Am 15. März soll auf der allgemeinen Jahresversammlung der Steuerzahler der Konzession die Auflösung der alten britischen Munizipalverwaltung ausgesprochen und die Verwaltung einer neuen Körperschaft übertragen werden, die von der nationalistischen Regierung nach dem Vorbild der Einrichtungen in den unter besserer Verwaltung stehenden Bezirken gebildet werden soll. Ein entsprechendes Abkommen soll dieser Tage für die britische Konzession in Kianglung abgeschlossen werden.

Im Unterhaus verlas Chamberlain die Bedingungen des Hankauer Abkommens. Chamberlain erklärte, er habe O'Malley angewiesen, dem kantonesischen Minister des Aeußeren klarzumachen, daß die britische Regierung sich das Recht vorbehalten müsse, über ihre Truppen zum Schutze britischen Lebens in Schanghai zu verfügen. Chamberlain teilte ferner mit, daß Verhandlungen mit der Pekinger Regierung im Gange sind. Die britische Regierung sei bereit und müsse sich

das Recht vorbehalten, mit den Behörden in jedem Teile Chinas zu verhandeln. Schanghai könne nicht so behandelt werden wie andere Teile Chinas, wo nur britische Interessen in Frage kommen. Die in Schanghai zusammenhängenden Fragen könnten lediglich geregelt werden in Uebereinstimmung mit den anderen Nationen, die gleiche Interessen wie Großbritannien dort hätten.

### 1200 Hinrichtungen in Schanghai an einem Tage.

Berlin, 21. Febr. Der chinesische Verteidigungskommissar in Schanghai hat, wie die Blätter melden, an einem Tage 1200 sibirische Agitatoren, die mit Flugblättern in der Hand gefaßt wurden, ohne jedes Verfahren hingerichtet lassen. Die Leichen liegen auf den Straßen umher. Die Köpfe wurden auf Karren geladen und durch die Straßen der Stadt gefahren.

Alle Londoner Blätter veröffentlichen ausführliche Meldungen über die Massenhinrichtungen in den Straßen der Chinesenstadt von Schanghai. Ueberall sind die abgeschlagenen Köpfe hingerichteter Studenten und Streikposten in Käfigen auf Pfählen zur Schau gestellt. Der Berichterstatter der „Daily Mail“ sagt: Die Politik des Enthaltens habe sich als wirksamstes Gegenmittel gegen das Streikfever erwiesen.

fung sind und über die eine Verständigung nicht erzielt werden konnte. Meinungsverschiedenheiten bestanden. Das Portefeuille des Aeußeren wurde Primo de Rivera übertragen.

### Zur englisch-russischen Spannung.

London, 21. Febr. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die künftigen Beratungen des Kabinetts werden, wie verlautet, nicht zum Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetregierung führen. Die Minister sind jedoch zu dem Schluß gekommen, daß ein neuer Protest in Warschau gegen die Blut-englisch-russischer Propaganda erhoben werden soll. „Daily Mail“ schreibt: Eine solche Warnung kann leicht das Vorbild zu einem zwangsmäßigen Bruch mit der Sowjetregierung sein.

### Die amerikanische Intervention in Nicaragua.

Managua, 21. Febr. In Corinto am Stillen Ocean wurden gestern 1800 Marinesoldaten gelandet. Außerdem befinden sich 400 Mann in Leon und 850 in Chinandega. Die Eisenbahnen, Brücken und andere wichtige Punkte sind von amerikanischen Truppen besetzt.

### Rücktritt des spanischen Ministers des Aeußeren.

Madrid, 21. Febr. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Panguas, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Sein Gesuch wurde genehmigt.

Nach einer halbamtlichen Mitteilung ist der Rücktritt des Ministers des Aeußeren dadurch veranlaßt worden, daß hinsichtlich der Krise, die in den internationalen Angelegenheiten zu tun sind, namentlich hinsichtlich bezüglichen, die wegen und internationalen Befeh-